Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frc. 1.50. Zeilenpreis: Die Spalte 40 mm Zeile 0.35 Frc., Deutschland 7 Mk., Ausland 0.80 Frc.

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Alt. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Frankfurter Nr. 69. Postscheck-Konto Nr. 250

Nr. 250 — Saarlouis, Dienstag, den 27. Oktober 1925 — 54. Jahrgang

Rücktritt des Gesamtkabinetts?

Das politische Interesse konzentriert sich zum Wochenbeginn auf die durch den Rücktritt der drei deutschnationalen Minister geschaffene ernste politische Lage. Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler das Rücktrittsgesuch der Minister Schiele, Schlieben und Neuhaus gestern abend einstweilen noch gleich darauf auf Bitte unseitig eine Bedenkfrist einberufen. Bei den Besprechungen der Frage, wie sich die deutschnationale Ablehnung des Ergebnis von Locarno und der Rücktritt der deutschnationalen Minister konstruktiv auswirken ließe, sind auch Gerüchte in Umlauf zu gehen. Der Rücktritt der Deutschnationalen und den Austritt bedeutet ohne Zweifel die endgültige Ablehnung der Locarnoer Verträge durch die größte Reichstagsfraktion, wenn auch die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung" sich dem Gerücht dagegen, der Reichskanzler werde durch Verhandlungen noch versuchen, die Zustimmung zu finden suchen. Gerüchte dürfte das Reichsblatt Luther-Stresemann im Amt mit aber ohne Umbildung von Hause und die Verträge von Locarno unverkürzt mit der Ratifizierung verabschiedet wird von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Demokratie und den Sozialdemokraten angenommen, aber der Rücktritt der deutschnationalen Minister bedeutet, daß die Mehrheit der Gesamtkabinetts und sich, daß die eine Mehrheit des Reichstags und Vorsitzer von Koenigsberg. In Berliner Regierungskreisen scheint man noch an der Möglichkeit des Verbleibens der Regierung Luther-Stresemann zu glauben. Es scheint die „Tägliche Rundschau" in ihrer Sonntagsausgabe u. a. „Man hofft, daß die Deutschnationalen, die bisher die Regierung durch die Nichtmanagebilfe" der Deutschnationalen in ihrem Schoße wohl in Frage gestellt ist, und daß mit der Ablehnung der Locarnoverträge durch die Deutschnationalen keine Umwälzung erfahren werden. An eine frühere Einberufung des Reichstages ist nicht zu denken. Die Regierung werde versuchen, mit einer Politik geschickt zu verfahren. Bei der Ablehnung der Locarnoverträge der Unterzeichnung der Verträge wohl von dem Reichstag abgesehen haben, ein Beamten der oder gegen die Locarnoverträge. Das Zentrum aber scheint gegen die Ablehnung der Locarnoverträge durch die sozialistische Ablehnung des Blattes ist darauf hinzuweisen, daß es noch sehr fraglich ist, ob die Linke mit einer solchen Politik einverstanden sein wird, denn die Führer der Weimarer Koalition und die Haltung der Presse lassen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Annahme der Locarnoverträge durchaus nicht gesichert ist. Die Sozialdemokratische Abgeordnete Gräfin Wolf-Stolberg ist, und daß dann nur der Weg der Reichspräsidentschaftswahl in Frage kommt. Die „Germania" erklärt mit vorher Deutschnationale, daß Zentrum werde keinen Finger breit von der Linie der Verständigungspolitik abweichen. Einen der Wirkung von Locarno keine Wirksamkeit, die von Wahrer 210 Reichstrieb erhält, dann Frage die deutsche Reichstagspräsidentin das Problem von Locarno nicht stehen. Es werde den Deutschnationalen, den Bayern von Locarno, nicht gefehlt werden, mit Locarno ernsthaft politische Geschäfte zu machen. Der heutige Tag bietet Entscheidungen von besonderer großer Tragweite bringen. Wie die Zeitungen erklärt, daß die Locarnoverträge durch Ablehnung der Nachricht des Gesamtkabinetts beschlossen werden.

Antwort der französischen Presse.

wtb. Paris, 26. Okt. Zu dem Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion äußern sich nur wenige Blätter ablehnend. Der „Gaulois" schreibt, noch unserer Ansicht muß man sich bloß wundern, daß die Nationalsozialisten zu Fall die Macht sollen stehen, um die Entente, die französisch-britische Garantie, die nach den eigenen Worten Stresemanns unentbehrlich ist, um den Deutschen Deutschland zu schützen, zu beinahe für Wirklichkeit stellen. Mehr denn je ist die Einheitsfront zwischen Paris und London eine wirksame Vorsichtsmaßregel für Deutschland. Wenn Deutschland ablehnen wollen, daß die englischen Truppen in Deutschland über die schlachtenen Schlagen den Sieg davon tragen. Je mehr man den Deutschen Deutschland ablehnen, desto weniger die Gefahr, daß man jemals bereit sein wird, die Entente, die französisch-britische Garantie, die nach den eigenen Worten Stresemanns unentbehrlich ist, um den Deutschen Deutschland zu schützen, zu beinahe für Wirklichkeit stellen. Mehr denn je ist die Einheitsfront zwischen Paris und London eine wirksame Vorsichtsmaßregel für Deutschland. Wenn Deutschland ablehnen wollen, daß die englischen Truppen in Deutschland über die schlachtenen Schlagen den Sieg davon tragen. Je mehr man den Deutschen Deutschland ablehnen, desto weniger die Gefahr, daß man jemals bereit sein wird, die Entente, die französisch-britische Garantie, die nach den eigenen Worten Stresemanns unentbehrlich ist, um den Deutschen Deutschland zu schützen, zu beinahe für Wirklichkeit stellen.

Ein Rumpfkabinett.

Zur Krise im Reichskabinett.

Berlin, 26. Okt. Im Reichstag an den von den Reichspräsidenten der Deutschnationalen Reichsministern gestellten Ersuchen, die Minister Neuhaus, v. Schiele und Schiele zum Rücktritt, um ihre Demission einzureichen. Dieser Schritt erweckt um so mehr, daß die Reichskanzler einen diplomatischen Schritt bedeutet, und daß sich Reichspräsident machen muß. Die Verhandlungen der Fraktion waren inzwischen mit der Besprechung der politischen Lage weitergeführt worden. Beschlüsse konnten bis zum Abschluß der Beratung mit der Reichskanzler und Reichspräsidenten in Landwirtschaften. Die Fraktion ging erst unterlassen, nachdem die drei Minister die Entscheidung durch Ersuchen bei Reichspräsidenten der Fraktion mitgeteilt hatten. Da die vorzeitige Entschädigung über das Ausscheidungsschreiben der drei Minister bei Deutschnationalen, die bei Ausscheidungen zu Reichsministern und Reichsministerium und Reichsministerium bei Sonntag nicht nicht in Berlin gewesen war, bleibt die Verhandlungen von Reichsministern noch offen. Für heute vorerst ist bereits ein Kabinettsrat einberufen worden.

Bekanntgabe der Krise im Ministerrat.

wtb. Berlin, 26. Okt. Die Nachmittagsstunden traten heute um 12 Uhr wieder unter Vorsitz des Reichskanzlers zusammen. Der Reichskanzler machte von dem Rücktritt der Reichsminister Schiele, von Schlieben und Neuhaus Mitteilung und widmete den Ausscheidenden herzliche Worte des Dankes für ihre Arbeit im Dienste des Vaterlandes. Nach Verhandlung der Minister von Schlieben, Neuhaus und Schiele traten die verbleibenden Minister unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einem Ministerrat zusammen, um zu der durch das Ausscheiden der drei Minister geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Der Beschluß des Kabinetts.

wtb. Berlin, 26. Okt. Das Reichskabinett hat seine heute mittag begonnenen Beratungen am Abend fortgesetzt und ist zu folgendem Beschlusse gelangt:

„Das Reichskabinett betrachtet es als seine unbedingte Pflicht, auf dem in Locarno begonnenen Weg fortzuschreiten, um dem Reichstage endgültig vor dem 1. Dezember, dem Tage, der zur Unterzeichnung der in Locarno vorgelegten Verträge vorgesehen ist, ein Gesamtergebnis zur Beschlußfassung unterbreiten zu können. Aus beiden Erwägungen heraus erachtet es das Reichskabinett für geboten, von einer Demission abzusehen und die Reichsgeschäfte weiter zu führen."

Der Reichskanzler, der im Auftrag des Reichsministers Verhandlungen der Reichstagsfraktionen empfangen hat, hat dem Reichspräsidenten über die politische Lage Vortrag gehalten und zugleich seine Bedenken gegen den Rücktritt des Kabinetts und des Reichskabinetts unterbreitet. Der Reichspräsident hat die Entscheidungsfrage der drei ausscheidenden Minister gemäß Ersuchen bis zum Abschluß der Beratungen der Reichsministerium des Reichskanzlers Dr. Luther, der Innenministerium und Reichsministerium Geßler und des Reichsministerium des Reichsministerium übertragen.

wtb. Berlin, 26. Okt. Im Reichstag wird aus Anlaß der Regierungskrise zunächst neuerdings Zusammenkunft mehr stattfinden. Der Reichspräsident Luther gab die nach den letzten Nachrichten, die er hierher hat abgetan haben, am heutigen Montag in Amerika zu Gehör. Es gehen diese weitere Nachricht liegt bis zur heutigen Mittagsstunde noch nicht vor.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei zu Locarno.

wtb. Stuttgart, 26. Okt. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei hat gestern seinen ersten Abschnitt. Es wurden einstimmig drei Entschließungen angenommen. Die Beratungen der Reichstagsfraktion Stresemann in Locarno sind Anlaß einer allgemeinen Entschließung, der bereits der außerordentlichen und vertrauensvollen Partei bei außenpolitischen Deutschland bereitet.

Der Redner führt, man könne sich noch nicht mehr vorstellen, daß die Abkommen von Locarno bedeutsam sein. Die Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone seien auf ausgezeichnetem Weg und nur wolle sie unterbrechen. Frankreichs verlangte Reichstagspräsident Dr. Scholz in Minerale über Kaiserslautern, die Rast kaum vorübergehen wahrscheinlich, wenn legend ein Stuttgart Brache. Es könne sich also nur um verlorener Zeit handeln, nicht aber um verlorenen Terrain.

Ein Ultimatum.

Die Kölner Zone ist ausgeschlossen. Die Kölner Zone ist ausgeschlossen. Die Kölner Zone ist ausgeschlossen.